

**Interpellation Züger-Niederbüren / Nüesch-Diepoldsau:
«PFAS-Belastungen im Kanton St.Gallen**

Am 28. August 2024 teilte der Kanton mit, dass Flächen im Bogen Mörschwil-Eggersriet-Unteregg-Goldach-Altenrhein-St.Margrethen mit PFAS belastet sind.

Die Belastung stammt mit grosser Wahrscheinlichkeit aus Klärschlamm, der bis in das Jahr 2006 ausgebracht werden konnte. Bei den Landwirtschaftsbetrieben in dieser Region führte diese Botschaft zu einer sehr grossen Unsicherheit. Es sind fünf Betriebe bekannt, bei denen die Grenzwerte beim Fleisch überschritten sind. Jedoch stehen alle Landwirtschaftsbetriebe in dieser Region und alle Betriebe, auf deren Flächen in früheren Jahre Klärschlamm ausgebracht wurde, unter Beobachtung und die Betriebe sind mit Fragen konfrontiert, ob auch ihre Flächen belastet sind. Müssen auch Milch- und Gemüsebauern damit rechnen, dass die Produktion von Milch, Gemüse, Getreide und Früchten von Einschränkungen betroffen sein wird?

Die Landwirtschaftsbetriebe stehen unverschuldet vor riesigen Herausforderungen, was die Zukunft ihrer Betriebe angeht.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Als erster Kanton ist die Regierung des Kanton St.Gallen mit einer Medienorientierung an die Öffentlichkeit getreten. Welchen Sinn macht dieser Alleingang, noch bevor es auf Bundesebene einheitliche Vorgaben gibt?
2. Nach welchen Kriterien ist die Übernahme des Grenzwerts bei Fleisch von der EU erfolgt?
3. Bis wann ist eine Übersicht erstellt, welche Flächen im Kanton belastet sind? Was unternimmt die Regierung, damit die Produktionsgrundlage und die Betriebe erhalten werden können und sie weiterhin Nahrungsmittel produzieren können?
4. Wie werden die Landwirtschaftsbetriebe in dieser schwierigen Phase fachlich und finanziell bei Optimierungsmassnahmen zur Senkung der Belastungen, bei Betriebsumstellungen und bei Sanierungen der Flächen unterstützt?
5. Wie stellt die Regierung eine Koordination über die Departemente, Ämter und Branchenplayer sicher?
6. Wie werden die Milchwirtschaftsbetriebe im Hinblick auf die absehbare Einführung eines Grenzwerts für Milch unterstützt, damit sie nicht in dieselbe Situation geraten wie die Fleischproduzenten?
7. Sind Einschränkungen in der Produktion von pflanzlichen Nahrungsmitteln zu erwarten?
8. Müssen Betreiber von Abwasserreinigungsanlagen, welche Klärschlamm als Dünger an die Landwirte abgegeben haben, nachträglich mit Kostenfolgen oder Ersatzforderungen rechnen?
9. Wie nimmt die Regierung Einfluss, damit der VASA-Fonds auf Bundesebene ausreichend alimentiert wird?»

16. September 2024

Züger-Niederbüren
Nüesch-Diepoldsau